

»Ein Freudenfest in Not und Elend«

Die Stadterhebung 1933 und die Ernennung zur Notstandsgemeinde 1934

Von Hans-Günter Richardi

Am 15. November 1933 ging für Dachau ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung: Der Markt wurde an diesem Tag zur Stadt erhoben. Lange Zeit hatten die Dachauer vergeblich auf diese Entscheidung gewartet. Nach erfolglosem Bemühen in der Vergangenheit war der Marktgemeinderat dann am 19. Mai 1933 erneut aktiv geworden.

Unter der Überschrift »Dachau soll Stadt werden!« berichtete der *Amper-Bote* über den neuen Vorstoß: »In der gestrigen Gemeinderatssitzung wurde von der Rathausfraktion der NSDAP der Antrag gestellt, daß der Gemeinderat beschließen wolle, daß die Marktgemeinde Dachau zur Stadt erhoben wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. So wird also unser altehrwürdiger Markt Stadt werden.«¹

Der Gemeinderat entsprach mit seiner Entscheidung, wie bereits hervorgehoben, einem alten Wunsch der Dachauer. Schon nach dem Ersten Weltkrieg war im Markt bei der Zählung der Einwohner die Feststellung laut geworden, dass sich der Ort mit seiner wachsenden Bevölkerungszahl allmählich der Größenordnung einer Stadt näherte. Dieses Argument führten auch die Nationalsozialisten ins Feld, als der Gemeinderat in seiner Sitzung am 20. Oktober 1933 sein Bemühen um die Stadterhebung, das bisher erfolglos geblieben war, wieder ins Gespräch brachte. »Es ist richtig«, hob er in einer Stellungnahme hervor,² »daß durch die Errichtung des Arbeitsdienstlagers (in der alten Dachauer Papierfabrik im Mai 1933, Anm. d. Verf.) sowie des Konzentrationslagers der Verkehr sich wesentlich gehoben hat. Die Einwohnerschaft ist von 7148 auf 8500 gestiegen. Es ist auch richtig, daß der Gemeinderat Antrag auf Stadterhebung wegen des Wachstums gestellt hat. Der Badeverkehr bringt hauptsächlich an Sonntagen Tausende nach Dachau.«

Am 30. Oktober 1933 war der Markt dann am Ziel: Das Staatsministerium des Innern teilte der Regierung von Oberbayern die »Erhebung des Marktes Dachau zur Stadt« mit. Das Bezirksamt Dachau erhielt von diesem Schreiben am 7. November nur zwei Abdrucke, verbunden mit sechs Rechnungen, »zur weiteren Veranlassung«.

Aber wie sah das Dokument aus, das Dachaus Geschichte entscheidend veränderte? Es bestand, was den eigentlichen Vorgang betraf, lediglich aus dem einen Satz: »Mit Wirkung vom 15. November 1933 an wird dem Markt Dachau die Genehmigung erteilt, die Bezeichnung »Stadt« zu führen.«³ Unterschrieben war die Mitteilung vom Innenminister und Gauleiter Adolf Wagner, der dem roten und schwarzen Dachau, wie die schmucklose Urkunde zeigte, offensichtlich wenig Gegenliebe entgegenbrachte. Doch von seiner Abneigung, die den roten Arbeitern und den schwarzen Konservativen in der Stadt galt, ließ er sich nichts anmerken, als er am 18. August 1934 zur Stadterhebungsfeier in Dachau erschien und dort auch das Wort ergriff.

Über den »Festakt am Rathaus- und Schloßplatz« berichteten die *Münchener Neuesten Nachrichten* in einer ausführlichen Reportage: »Ein blauer Himmel lacht über der jungen Stadt. Aus allen Fenstern, zwischen den Kränzen und wehenden Fahnen, schauen die neuen »Stadtleute« in ihren festlichen Geburtstagskleidern; andere drängen zum Rathausplatz, wo der Stadtrat und die N.S.-Formationen (S.A.R.-Musikzug und Sturmbann III/2) die Ehrengäste erwarten. (...) Mächtige Tore aus Tannengrün wölben sich über den Zugängen zum Festakt.

Mit dem Erscheinen des Vertreters der Staatsregierung, Innenminister Adolf Wagner, und der Ehrengäste aus München, Oberbürgermeister Fiehler mit den Stadträten Kellner und Beer,

Nr. 7011 a 9. Abdruck.
Staatsministerium des Innern.

An
die Regierung von Oberbayern,
Kammer des Innern.

Betreff:
Erhebung des Marktes Dachau zur
Stadt.

Zur Vorlage vom 14.7.1933
Nr. 8090/9.

Beilagen:
die Beilagen der Vorlage,
1 Gutachten des Hauptstaats-
archivs in Abdruck,
3 Entschl. Abdrucke.

München, 30. Oktober 1933.



Mit Wirkung vom
15. November 1933 an wird dem Markt
Dachau die Genehmigung erteilt, die
Bezeichnung
" S t a d t "
zu führen.

gez. Adolf Wagner.

Die Dachauer Stadterhebungsurkunde
vom 30. Oktober 1933

Foto: Staatsarchiv München



Festsitzung des Stadtrates anlässlich der Stadterhebung am 14. November 1933. In der Mitte sitzt 1. Bürgermeister Georg Seufert.

Foto: Stadtarchiv Dachau

beginnt der Festakt am Baugerüst des neuen Rathauses mit einem sinnvollen Feierabendspiel zwischen dem Baumeister und seinen Gesellen, die sich wie im altdutschen Stegreifspiel mit Ernst und Scherz über die Bedeutung des Tages unterhalten und, wie von ungefähr, das geschichtliche Wissen Schulrat Denglers anrufen, der aus Dachaus großer Vergangenheit viel Interessantes zu berichten weiß. Nach einem stillen Gedenken der Gefallenen des Weltkrieges läßt Baumeister Platzer das alte und das junge Dachau – beide entsprechend bildhaft verkörpert! – und den ersten Bürgermeister Seufert hochleben, der darauf das Wort zu seiner Festrede ergreift.

In die Vergangenheit ernst zurückgewandt(,) grüßt das Oberhaupt der neuen Stadt zunächst deren vereinigten Ehrenbürger Feldmarschall v. Hindenburg sowie alle tapferen Söhne Dachaus, die im Weltkrieg fielen, und alle Ahnen aus der Zeit der Markt-Gerechtigkeit. Dann, zur Gegenwart gewendet, zuerst den ›Taufpaten‹ der jungen Stadt, Staatsminister Wagner, der nicht nur den Staatsakt der Stadterhebung vollzog, sondern Dachau schon früher in schweren Zeiten kraftvoll gestützt hat. (Dieser Hinweis galt wohl mehr der vor 1933 schwachen Dachauer Ortsgruppe der NSDAP als dem Ort selbst, Anm. d. Verf.) Des Bürgermeisters Gruß an das Volk von Dachau ist zugleich Segenswunsch und Bitte. Die Bitte, wie im Vorjahr, um das einstimmige ›Ja‹ für den Führer, dem es Dachau zu danken hat, daß seine Erwerbslosenzahl von 800 auf 100 sank. Mit dem Appell an den Gemeinschaftssinn und dreifachem, begeistert aufgenommenem ›Sieg Heil!‹ auf Deutschland und seinen Führer schließt der Redner. Und unter den verschwisterten Klängen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes steigt eine mächtige Hakenkreuz-Fahne am Mast vor dem neuen Rathausbau gegen Himmel.

Den Höhepunkt erreicht die Feier im festlichen Rahmen des Schloßplatzes, wo vor der geschmackvoll und symbolisch geschmückten Schloßfront die Festtribüne sich erhebt, auf der die Fahnenträger der S.S.- und S.A.-Formationen, der Parteiorganisationen, der Hitler-Jugend usw. Aufstellung genommen haben. S.S. bildet das weitgespannte Viereck, in dem die geschlossenen Glieder der Arbeitsfront, des Arbeitsdienstes, B.D.M. Dachau, N.S.(-)Hago (= Nationalsozialistische Handwerks-, Han-

dels- und Gewerbeorganisation, Anm. d. Verf.), N.S.K.O.V. (= Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung), Bauernschaft usw. angetreten sind.«

In seiner Festrede vor dem Schloss bezog sich Staatsminister Wagner auf die bevorstehende reichsweite Volksabstimmung, die am nächsten Tag erwartungsgemäß das von der NSDAP verlangte »überwältigende Treuebekenntnis des deutschen Volkes zum Führer und Reichskanzler« (so eine Verlautbarung des Reichsministers des Innern) nach der Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in Hitlers Hand brachte. Über die »mitreißenden« Ausführungen des Innenministers berichtete der Mitarbeiter der Münchner Neuesten Nachrichten: »Er ist, so betont er, gern gekommen, an diesem Vortag des bedeutsamen deutschen Volksbekenntnisses. Denn hier steht man auf dem Boden einer großen und ehrwürdigen Tradition, auf einem Stück deutscher Muttererde, wo sich seit Tausenden von Jahren vieles entwickelt hat, was mit deutscher Art und Sitte zusammenhängt.«

Über den weiteren Verlauf des Festtages nach der Ansprache Wagners vermerkte der Berichterstatter: »Ein Dachauer Kind überreichte (...) dem Minister mit gereimtem Sprüchlein einen Blumenstrauß, und junge Dachauerinnen in alter Tracht geleiteten den Vertreter der Staatsregierung durch die von ihm eröffnete Gewerbeschau in der großen Knabenschule, wo dem ersten Bürgermeister als Ehrengeschenk des Handwerks ein ›Goldenes Buch‹ überreicht wurde, in das der Staatsminister sich als erster eintrug.

Vor seiner Rückfahrt nahm Minister Wagner in der Ludwig-Thoma-Straße noch den imposanten Vorbeimarsch der an der Feier beteiligten Formationen ab: Hitler-Jugend, Jungvolk, Bund Deutscher Mädel, S.A. und S.S. samt Motor- und Reiterstürmen usw. mit ihren Musikkapellen.«⁴

Angespannte Lage der Gemeinde

Die Dachauer feierten ihre Stadterhebung zehn Tage lang: vom Samstag, dem 18. August, bis zum Montag, dem 27. August. Das reichhaltige Festprogramm sah am Samstag neben dem Festakt und neben dem Anfang des Volksfestes die

Eröffnung der schon erwähnten Handwerksschau, dann den Beginn einer Jagd- und Fischereiausstellung, einer Kunstausstellung sowie einer Weizen- und Gerstenschau und schließlich ein Gauschießen vor; am Sonntag folgte ein Feuerwerk; am Mittwoch schlossen sich der Festzug der Jugend sowie Volkstänze um die Stadtlinde und eine Feierstunde der Jugend in der Turnhalle an; am Donnerstag fand im »Unterbräu« ein Hutsingen statt; am Freitag war ein Turnabend auf der Festwiese geplant; am Samstag fanden Führungen durch das Bezirksmuseum und durch die Gemäldegalerie statt, erfolgte ferner die Eröffnung einer Tierschau und wurde außerdem zu alten Tänzen ins Bierzelt geladen, bevor ein Heimatabend im Gesellschaftshaus begann; am Sonntag fand außer dem Südbayerischen Stromschwimmen ein großer Festzug statt, dem sich ein Pferderennen anschloss, und am letzten Montag klang die Dachauer Stadterhebungsfeier mit dem »Tag des Bauern« aus, der am Vormittag mit einer Bauernversammlung begann und am Nachmittag mit einem Bauernrennen endete.⁵

Doch eigentlich hatte die Dachauer Bevölkerung keinen Grund zum Feiern. Die Festwoche täuschte nur über die Not hinweg, die auch nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten noch in der Stadt herrschte und die Menschen weiter bedrückte.

Ihrem Unmut über das NS-Regime machten Unbekannte Luft, als sie in der Nacht zum 6. August 1934, also nur wenige Tage vor der Stadterhebungsfeier, am Postamt, an der Papierfabrik und an der Ortskrankenkasse sieben gelbe Zettel, jeweils sieben Zentimeter lang und viereinhalb Zentimeter breit, mit folgendem Text in schwarzem Druck anschlugen:

»Wir Bauern schenken Hitler Vertrauen. Dafür hat er uns übers Ohr gehauen. Freiheit. – Henker und Blutrichter an die Laterne. Der Tag der Rache ist nicht mehr ferne. Freiheit. – Habt Mut! Sprecht frei und offen! Der Terror wird gebrochen. Freiheit.«⁶

Auch im Rathaus war die Stimmung gedrückt. Seit der letzten Denkschrift des Ersten Bürgermeisters Georg Seufert über die »Dachauer Not« hatte sich an der angespannten wirtschaftlichen Lage der Gemeinde nichts geändert. Die Finanz-

not, die Dachau belastete, war mittlerweile so bedrohlich geworden, dass der Bürgermeister seine Amtsführung gefährdet sah.

Bereits am 10. Juli 1933 hatte der Marktgemeinderat Dachau dem Bezirksamt Dachau den »finanziellen Zusammenbruch der Gemeinde« gemeldet. In seinem Schreiben führte der Zweite Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter Erhard Beeskow aus: »Nachdem nunmehr die Gemeindebank unbedingt darauf besteht, dass die Marktsparkasse der Gemeinde keinerlei weitere Kredite mehr einräumt(,) steht die Gemeinde vor dem unmittelbaren finanziellen Zusammenbruch.

Wir können bei unseren anormal geringen Einnahmen die Gelder für die Unterstützungen der Wöhlf(alrhts)Erwerbslosen nicht mehr aufbringen. Der Etat für 1933 sieht 260 000 M(ark) Einnahmen und 470 000 M Ausgaben vor. Von den Mehrausgaben treffen allein 153 889 M Anteil der Gemeinde an den Unterstützungen.

Wir haben immer noch rund 550 W.E. (= Wohlfahrtsempfänger, Anm. d. Verf.). Einsparungen können nicht mehr gemacht werden.

Die Situation ist jetzt so, dass wir die Unterstützungszahlung entweder ganz einstellen müssen, bis wieder Reichs- u. Landeshilfe-Anteile eintreffen(,) oder dass wir sämtliche Unterstützungen unter die Richtsätze soweit herabsetzen, dass wir mit den zur Überweisung gelangenden Beträgen auskommen. Es ist uns bereits für den kommenden Zahltag, d. i. 14. 7. 33(,) nicht mehr möglich(,) ohne Inanspruchnahme der Sparkasse die Unterstützungen voll auszubezahlen.

Wenn es nicht möglich ist(,) die Reichs- u. Landeshilfe für Dachau ausnahmsweise zu verdoppeln oder der Gemeinde einen besonderen Zuschuss von etwa 30 000 M zur Aufrechterhaltung der Unterstützungszahlung zur Verfügung zu stellen, dann bitten wir das Bezirksamt(,) dafür zu sorgen, dass Dachau als Staatsgemeinde erklärt wird und das Bezirksamt als Aufsicht(s)behörde die weitere Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Unterstützungszahlung sowie der Ruhe und Ordnung selbst übernimmt.

Wir bitten um umgehenden Bescheid.«⁷



Der große Festzug zur Stadterhebungsfeier am Sonntag, dem 26. August 1934, in Dachau. Die Entwürfe für den Festzug stammten vom Dachauer Maler Hermann Stockmann. Foto: Stadtarchiv Dachau

»Der Etat von Dachau ist verdorrt«

Am 25. Januar 1934 rief der Markt Dachau in seiner verzweifelten Lage das Bezirksamt erneut um Hilfe an. Diesmal führte der Erste Bürgermeister Seufert selbst die Feder.

»Wir bitten dringend«, schrieb er im Namen des Stadtrats,⁸ »uns beim Ministerium größere Zuschüsse zu erwirken. Gerade habe ich Anweisung über 9000 M(ark) für diese Woche unterschrieben, worunter die wöchentliche Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung, die monatliche Armenunterstützung und die halben Gehaltszahlungen (sind). Wir haben z. Zt. 380 WE (= Wohlfahrtsempfänger, Anm. d. Verf.), einschließlich der nicht anerkannten.

Wir haben schon oft darauf verwiesen, daß der Etat von Dachau verdorrt ist und daß wir ohne größere Zuschüsse nicht existieren können, weil durch die Pulverfabrik eine vollkommene Umschichtung der Bevölkerung eingetreten ist. Verwaltung muß aber sein. Die Amtsführung wird bei solchen Verhältnissen unmöglich. Wenn man bedenkt, daß nach früheren statistischen Erhebungen Dachau in der Finanzkraft die letzte Stelle in Bayern einnahm, so ergibt sich daraus allein schon die unhaltbare Lage. Die bisherigen Zuschüsse sind zu gering, eine Erhöhung könnte doch helfen lassen, daß das Erbe der verflossenen Jahre der furchtbaren Arbeitslosigkeit in Dachau allmählich abgebaut werden könnte. Es wäre dies für alle Teile eine Erlösung.«

Als Seufert erkannte, dass all seine Bemühungen umsonst waren, schlug er einen neuen Weg ein, den ihm die »Vierte Verordnung zur Änderung der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge« am 10. Februar 1934 erschloss. Kaum hatte er davon Kenntnis erhalten, stellte er bereits am 22. Februar beim Bezirksamt den Antrag, Dachau zur Notstandsgemeinde zu erklären.

Zur Begründung führte Seufert aus: »Dachau ist von den Deutschen Werken her mit Fürsorgekosten dermaßen belastet, daß wir seit Jahren die Schaffung des Begriffs »Notstandsgemeinde« gewünscht haben. Der Fürsorgeplan sieht 150 000 Mk vor, bei 96 000 Zuschuß durch die Gemeinde. Der Haushaltsplan der Stadt selbst sieht 382 000 Mk in Einnahmen und Ausgaben vor.

Diese 2 Zahlen sind an sich schon eine Begründung.

Wir machen die Beobachtung, daß eine neue Landfluchtwelle einsetzt, der man sich entgegenstemmen muß. Während die Landwirtschaft eine Leutenot hat, zieht sich Alles (sic!) in die Städte. Durch die Erklärung zur Notstandsgemeinde wird nicht nur der Stadt Dachau geholfen, sondern auch ein großer volkswirtschaftlicher Dienst erwiesen. Die landwirtschaftlichen Dienstboten merken, daß in den Städten durch die Arbeitsbeschaffungsausschüsse für neue Arbeit gesorgt wird, und jetzt wollen die Dienstboten sich zu Nutznießern der Anstrengungen der Regierung machen. Dies muß unterbunden werden. Die Arbeit in den Städten gehört den Arbeitern und die Arbeit auf dem Land den Dienstboten. Die Erklärung zur Notstandsgemeinde bietet die Handhabe, dem unerwünschten Berufswechsel einen Riegel vorzuschieben. Sonst muß eine Gemeinde wie Dachau zu Grunde gehen.«⁹

Nach vier Monaten hatten Seuferts Anstrengungen nun endlich Erfolg: Am 29. Juni 1934 erklärte das Staatsministerium des Innern mit der Ministerialentschließung »Nr. 6000 ba 11« die Stadt Dachau zur Notstandsgemeinde im Sinne des Paragraphen 33 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge.¹⁰

Leben in windigen Baracken oder Kellerlöchern

Dachau kam aber auch in den folgenden Jahren des Nationalsozialismus auf keinen grünen Zweig. Dies veranlasste den SA-Standartenführer Hans Cramer, der vom 19. März 1937 bis zum 29. Mai 1940 das Amt des Dachauer Bürgermeisters bekleidete,¹¹ in München wieder aktiv zu werden. Fünf Jahre nach der Errichtung des Konzentrationslagers legte er am 19. Januar 1938 seine Sorgen in einer erneuten, nunmehr dritten Denkschrift nieder, der er, dem Vorbild Seuferts folgend, ebenfalls die Überschrift »Die Dachauer Not« gab. Auf zwanzig Seiten beschrieb er dem Staatsministerium des Innern, wie sehr die Stadt noch immer unter den Folgen der stillgelegten Pulver- und Munitionsfabrik und unter der damit verbundenen Arbeitslosigkeit zu leiden hatte.

»So ist es auch erklärlich«, führte Cramer aus,¹² »daß die Gemeinde in den vergangenen 2 Jahrzehnten gänzlich außer-



Der Festwagen des Metallhandwerkes in der Augsburger Straße

Foto: Stadtarchiv Dachau

stande war, die öffentlichen Einrichtungen der starken Bevölkerungszunahme entsprechend zu erweitern. Die Gemeinde hat in jenen Jahren kaum die notwendigsten Mittel aufgebracht, um die vorhandenen gemeindeeigenen Gebäude und Einrichtungen zu erhalten und vor dem Verfall zu bewahren.«

Die Schulden der Stadt gab der Bürgermeister mit insgesamt 1 283 450 Reichsmark an, womit, wie er hervorhob, »die Verschuldung auf den Kopf der Bevölkerung ungerechnet RM 133« betrug. In diesem Zusammenhang beklagte Cramer die »anormal geringen Einnahmen« der Stadt. »Die Bevölkerung Dachaus«, fuhr er fort, »lebt größtenteils in den bescheidensten, ja ärmlichen Verhältnissen, ihre Steuerkraft ist dementsprechend gering.«

Der Bürgermeister verhehlte auch nicht, dass die Anwesenheit der SS für die Stadt auf dem Wohnungsmarkt sogar eine zusätzliche Belastung darstellte. »Die geradezu sprichwörtliche ›Dachauer Not‹«, erklärte er, »erstreckt sich über alle Gebiete. Das Wohnungselend in Dachau ist erschütternd groß. Heute noch leben kinderreiche Familien in windigen Baracken oder Kellerlöchern, hausen 5(-) und 6köpfige Familien in einem Raum, der zum Kochen, Wohnen und Schlafen dient.

Die Stadtverwaltung hat seit dem Jahr 1933 das Möglichste getan, um die Wohnungsnot zu verringern und billige Volkswohnungen zu erstellen. Allein die Wohnungsnot ist augenblicklich so groß wie je, da durch die fortwährende Vergrößerung des SS-Übungsagers fast alle in den vergangenen fünf Jahren freigeordneten Wohnungen durch Angehörige der SS bezogen wurden.

Hervorgehoben durch das Wohnungselend ist die Zahl der Tuberkulosekranken in Dachau erschreckend hoch; Stadt und Bezirk Dachau weisen den höchsten Prozentsatz an Tuberkulosekranken im ganzen Gaugebiet (Oberbayerns, Anm. d. Verf.) auf.«

Bereits im Jahre zuvor hatte Bürgermeister Cramer in einer kritischen Stellungnahme aus seiner Enttäuschung kein Hehl gemacht, dass der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Dachau ausgeblieben war. Er gestand zwar als vorsichtiger Parteigenosse zu, dass »Handel und Wandel, Handwerk und Gewerbe durch eine starke Bautätigkeit und nicht zuletzt auch durch die in unmittelbarer Nähe Dachaus befindlichen beiden Lager der SS (K.L.D. und II SS ›Deutschland‹) eine starke Belebung erfahren« hatten. Aber er kritisierte dann doch, dass sich »die erhofften Mehreinnahmen an Steuern usw. bei der Stadt und ihren Finanzen nicht in dem hierdurch erhofften Umfange ausgewirkt« hatten.¹³

Vor allem war die Arbeitslosigkeit auch im Jahre 1938 noch unverändert in ihrem bestürzenden Ausmaß geblieben. »Aus eigenen Kräften«, gab Cramer zu bedenken, »kann sich Dachau nicht erholen, denn die 400 Arbeitslosen, die in diesen Winterwochen wiederum in Dachau vorhanden sind, werden auch in Zukunft aller Voraussicht nach nur als Notstandsarbeiter an den Bauten der Reichsautobahnen usw. Brot und Arbeit finden, nie aber endgültige, einigermaßen ausreichende Arbeitsmöglichkeiten, und damit wird immer die Last in Dachau bleiben und die geringe Steuerkraft auf der einen und die erhöhten Fürsorgekosten auf der anderen Seite.«

Bau der »Königlichen Pulver- und Munitionsfabrik Dachau«

Alle Eingaben der Bürgermeister Seufert und Cramer zeigten, dass Dachau noch nach Jahren unter den verheerenden Folgen des Ersten Weltkrieges litt. Der Krieg brachte den größten Einschnitt in die Geschichte des Marktes. Dachau war noch eine Landgemeinde, die sich vor allem vom Handwerk und von der Landwirtschaft ernährte, als der Polizeidirektor Kreutzenberger am Abend des 1. August 1914 aus dem

Rathaus trat und auf dem Marktplatz die Kriegserklärung an Russland verlas.¹⁴

Zwei Jahre danach hatte sich die Bevölkerungsstruktur des Marktes, der zunächst vom gewerblichen und handwerklichen Mittelstand geprägt worden war, gewandelt. Der Ort, der bisher neben einer größeren Papierfabrik mit zwei Betrieben nur noch eine Malzfabrik besaß und der deshalb als Industriestandort keine besondere Bedeutung genoss, war nun zu einem Anziehungspunkt für Industriearbeiter aus ganz Bayern geworden. Rapide stieg die Zahl der Einwohner: Während im Jahre 1913 noch 5154 Menschen im Markt lebten, waren es im Jahre 1916 schon 7054 Personen.¹⁵

Ausgelöst wurde die Entwicklung, die Dachau schlagartig veränderte, durch den Bau der »Königlichen Pulver- und Munitionsfabrik Dachau«, die zwar in der Nachbarschaft des Marktes auf den Gemeindefluren von Etzenhausen, Hebertshausen und Prittlbach entstand, aber von Anfang an den Namen Dachaus trug. Die Dachauer nannten die Fabrik nach ihrer amtlichen Abkürzung »K. Pmf.« kurz nur »Pumpf«.¹⁶ Major Johann Vincenz (»Hans«) Hofmann, ein Artillerieoffizier, der zuvor die »Pulverfabrik bei Ingolstadt« (so der Name!) in Ebenhausen leitete,¹⁷ hatte den Würmwald als Standort für den Rüstungsbetrieb gewählt, weil sich das »Würmmüllerhölzl« aus folgenden Gründen für die Anlage besonders eignete:

»Gegen Nordwesten«, schreibt der Dachauer Maler Carl Thiemann in seinen Erinnerungen,¹⁸ »war der Wald durch die hier vorbeifließende Amper begrenzt, auf der östlichen Seite dagegen erstreckte sich ein umfangreicher Teil des Dachauer- bzw. Schleißheimer Moores, während durch die Mitte des Geländes die wasserreiche Würm floß.«

Die Errichtung der Fabrik durch das Bayerische Kriegsministerium war, wie dem Antrag an das Königliche Bezirksamt Dachau vom 3. Mai 1915 zu entnehmen ist,¹⁹ »infolge eines öffentlichen Notstandes (Kriegsnot)« erforderlich geworden, der »darin bestehe, daß die staatl. Pulverfabrik in Ingolstadt den durch den Krieg veranlaßten Mehrbedarf nicht mehr zu decken vermöge, auch nicht mehr erweiterungsfähig sei und daß daher zur sofortigen Inangriffnahme eines Neubaus auf dem hierfür geeignetsten Platze in Dachau (...) geschritten werden müsse.«

Die Bauarbeiten für die Fabrik, deren Leitung Hofmann später als »Oberstleutnant und Direktor« (so seine Dienstbezeichnung!) übernahm, begannen zunächst im Mai 1915 mit der Verlegung eines 2676 Meter langen Gleises,²⁰ das den Dachauer Bahnhof mit dem 200 Hektar großen Fabrikgelände verbinden sollte.²¹ »Mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1915 ab« wurde dann die geplante Pulver- und Munitionsfabrik Dachau zur selbstständigen »K(öniglichen) Dienststelle« erklärt.²² Und am 31. Dezember 1915 stellte die Militärbauleitung unter Diplomingenieur Dr. Feichtmaier schließlich den Bauplan für den ersten Bauabschnitt fertig, der zuerst die »Kgl. Pulverfabrik Dachau« betraf.²³ An diesen Betrieb schloss sich dann im Osten die Munitionsfabrik an, die als zweiter Bauabschnitt im Jahr darauf in Angriff genommen wurde.²⁴

»Schon Anfang 1916«, berichtet Reinhard Papenfuß, der sich in Dachau mit der Geschichte des Fabrikgeländes beschäftigt hat, »nahm der Pulverbetrieb seine Produktion auf, am Ende desselben Jahres produzierte die Munitionsfabrik. Gefertigt wurden sowohl Infanterie- als auch Artilleriemunition. Schießstände waren in unmittelbarer Nähe der Betriebe vorhanden.«²⁵

Der Bedarf an Arbeitskräften war enorm. Am 29. Oktober 1915 ging die Betriebsleitung, die ihr »provisorisches Verwaltungsgebäude« am 1. November 1915 in der Johann-Ziegler-

Straße 2 in Polln bezog, von folgenden Zahlen aus: »Im Dezember werden etwa 680 Arbeiter (500 Männer, 180 Frauen) beschäftigt.«²⁶ Für Februar 1916 wurde eine Belegschaft von etwa 900 Arbeitern, und zwar von 700 Männern und 200 Frauen, ins Auge gefasst. Und für das Frühjahr stand eine Stärke von etwa 2500 Leuten auf dem Plan. Doch all diese Schätzungen wurden in der Praxis noch weit übertroffen. Am Ende arbeiteten in dem Werk achttausend Menschen.²⁷

Tausende von Arbeitern ohne Erwerb

Welche Last dem Markt Dachau im Ersten Weltkrieg mit der Pulver- und Munitionsfabrik aufgebürdet worden war, zeigte sich, als der Pulverbetrieb, später kurz »Dachau P« genannt, und der Munitionsbetrieb (»Dachau L«) des Rüstungsunternehmens mit der Kapitulation des Deutschen Reiches am 11. November 1918 ihre Arbeit einstellen mussten. Damit standen Tausende von Arbeitern ohne Erwerb auf der Straße. Am 21. November 1919 ging die »Bayerische Pulver- und Munitionsfabrik Dachau«, wie sie nun hieß, in die Verwaltung des Reiches über. Sie wurde zunächst als »Reichswerk Dachau« unter der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe in Berlin weitergeführt. Teile des Rüstungsbetriebs mussten jetzt jedoch, wie es die Friedensbestimmungen von Versailles vorschrieben, unter Aufsicht der Interalliierten Militärkontrollkommission abgebrochen sowie Produktionsanlagen, Maschinen und technische Apparate zerstört werden.

Aufgabe der Hauptverwaltung der »Deutschen Werke AG« in Berlin, die alle staatlichen Rüstungsbetriebe in Deutschland übernahm, war es nun, auch die Dachauer Fabrik – seit dem Jahre 1920 unter dem Namen »Deutsche Werke Aktiengesellschaft – Werk Dachau« geführt – auf die sogenannte Friedensarbeit umzustellen. Dem Unternehmen wurde die Produktion von Dreschmaschinen zugewiesen.

Der Anfang schien auch vielversprechend. Doch dann machten Fehlentscheidungen, die in Berlin getroffen wurden, das Aufbauwerk zunichte. »Das wirtschaftliche Fiasko des Dachauer Betriebes«, berichtet Werner Dreher,²⁸ »nahm seinen Lauf, als im Juli 1921 die Dreschmaschinenproduktion abgekoppelt und auf Weisung der Zentrale der Deutschen Werke AG vom Werk München übernommen wurde. Während der einigermaßen florierende Betriebsteil fortan also unter der Bezeichnung »Dachau L« die Wirtschaftskraft des Münchner Werkes stärkte, war der übrige Betriebsteil »Dachau P« wiederum auf Demontage- und Abbrucharbeiten an der vormaligen Pulverfabrik angewiesen.«

Später schaltete auch das unter Dachauer Regie verbliebene Werk »Dachau P« wie der Betriebsteil »Dachau L«, der dem Zweigwerk München der Deutschen Werke unterstellt war, auf Schreinereiarbeiten um. Aber diesem Bemühen war kein Erfolg beschieden. Während »Dachau L« gut ins Geschäft kam, mangelte es »Dachau P«, das sich vor allem auf Fenster und Türen spezialisiert hatte, an Abnehmern.

Das Ende des Dachauer Werkes kam im Mai 1924 mit der Stilllegung des unrentablen Betriebs durch die Berliner Hauptverwaltung. Für Dachau bedeutete diese Entscheidung, mit der die Jahre des Elends anbrachen, eine Katastrophe. Der spätere Bürgermeister Hans Cramer beschreibt in seiner Denkschrift »Die Dachauer Not« vom 19. Januar 1938 den Niedergang des Marktes mit deutlichen Worten:

»Tausende von Volksgenossen verloren mit einem Schlag ihre Existenz. Der damalige bayerische Staat, der während der Kriegsjahre diese Arbeitskräfte aus allen Teilen des Landes herangeholt und sie in Dachau und Umgebung angesiedelt hatte, kümmerte sich wenig um das Los der nunmehr brotlos Gewordenen.

Ein großer Teil der zugezogenen Arbeiter konnte wegen der Wohnungsnot in ihren früheren Wohngemeinden nicht mehr zurück, sondern verblieb in Dachau, ohne hier anderweitige Beschäftigung zu finden. So fielen Hunderte und Aberhunderte der öffentlichen Fürsorge zur Last.«

Die Zahlen der Arbeitslosen in der Denkschrift sprachen für sich: So entfielen am 15. September 1924 in Dachau auf tausend Einwohner 21 Erwerbslose, während es im übrigen Reich, statistisch gesehen, nur 0,9 Prozent waren, die keiner Beschäftigung nachgingen. In den folgenden Jahren spitzte sich die Notlage auf dem Dachauer Arbeitsmarkt weiter zu. Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums waren am 15. April 1926 in Dachau von tausend Einwohnern 65 als arbeitslos gemeldet; dagegen waren es zum Vergleich im ganzen Deutschen Reich 28, in Bayern 21, in Preußen 28 und in Hessen 37.

Im Jahr darauf sah es noch düsterer aus: Am 15. Februar 1927 waren in Dachau nun 70 von tausend Einwohnern ohne Arbeit. Deutschlandweit belief sich die statistische Vergleichszahl dagegen auf nur 28,2 Erwerbslose. Damit war der Markt mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland an die Spitze aller notleidenden Gemeinden im Reich gerückt.

Reges politisches Leben

Die äußerst schwierige Lage des Marktes, Arbeitslosigkeit, Armut und Elend führten in Dachau nach dem Ersten Weltkrieg zu einem erstaunlich regen politischen Leben. Die notleidende Arbeiterschaft erhoffte sich vor allem von den linken Parteien – SPD, SAP und KPD – eine Hilfe. Aber auch die konservativ-katholischen Kräfte, die sich in der BVP sammelten, spielten im politischen Geschehen der Marktgemeinde eine gewichtige Rolle.

Die älteste Partei in Dachau bildeten die Sozialdemokraten, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg im Markt politisch aktiv wurden. Aus den verschiedenen Arbeitervereinen entstand mit Anton Eisenberger, Hans Götz, Michael Moosreiner und Lorenz Wassermann ein Arbeiterausschuss, der im Jahre 1905 – also vor genau hundert Jahren – die Gründung des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Dachau vorbereitete.²⁹ Die Eintragung der Partei ins Vereinsregister erfolgte aber erst am 10. Mai 1906. Von Anfang an stand den Sozialdemokraten das 1898 gegründete *Dachauer Volksblatt* als Parteiorgan zur Verfügung.

Mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg erfuhr der Ortsverein der SPD, dem Ende 1918 erst 144 Mitglieder angehört hatten, durch die vielen Fabrikarbeiter in Dachau einen enormen Zulauf: Allein im Jahre 1919 traten 219 neue Genossen der Partei bei, die nun 363 Mitglieder zählte.³⁰ Nach der Dachauer Gemeindewahl vom 15. Juni 1919 stellten die Sozialdemokraten erstmals mit Franz Xaver Böck, dem Herausgeber und Redakteur des *Dachauer Volksblatts*, den damals noch ehrenamtlich tätigen Ersten Bürgermeister des Marktes, dem später Georg Seufert in hauptamtlicher Position folgte.³¹

Auch die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) unterhielt in Dachau eine eigene Ortsgruppe, die mit ihren Versammlungen bei den Arbeitern auf großes Interesse stieß. So fanden sich zu einem Vortragsabend, den der Vorsitzende Josef Probst am 4. Juli 1931 im Gewerkschaftshaus eröffnete und der dem Thema »Die Krise der Sozialdemokratie« gewidmet war, rund 140 Personen ein.³²

Neben Kommunisten und Sozialdemokraten war, wie bereits hervorgehoben, die dritte politische Kraft in Dachau die Bayerische Volkspartei (BVP), die im November 1918 aus der



Die letzte Ausgabe der illegal erscheinenden Zeitung der Dachauer Kommunisten, die den Titel »Das Rote Dachau – Organ der Werktätigen« trug. Foto: Staatsarchiv München

bayerischen Zentrumspartei hervorgegangen war. Ihr Aufstieg im Markt begann mit der Gemeindewahl vom 7. Dezember 1924, als sie an der Spitze der Nationalen Wahlgemeinschaft die Mehrheit im Marktgemeinderat errang und den Sozialdemokraten eine empfindliche Niederlage bereite.³³ Von da an behauptete die bürgerliche Partei ihre führende Position im Rathaus bis zur »Machtergreifung« der Nationalsozialisten. Mit Georg Seufert verdrängte sie im Jahre 1925 auch die SPD aus dem Amt des Ersten Bürgermeisters. Der BVP stand der *Amper-Bote* nahe, der im Jahre 1872 als erste Dachauer Zeitung erschien.³⁴

Die unbedeutendste Rolle spielte in Dachau vor 1933 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Selbst Franz Klug, seit Februar 1930 Mitglied der NSDAP und damit einer der ersten Parteigenossen am Ort, musste in seinem Rückblick auf den Aufbau der Dachauer Ortsgruppe, den er nach Hitlers »Machtübernahme« verfasste,³⁵ zugeben, dass die Nationalsozialisten während der Weimarer Republik »in dem so schwarzen und noch röteren Dachau« einen schweren Stand hatten. Sowohl die Roten als auch die Schwarzen ließen die Braunen an der Amper nicht hochkommen.

So war es für Klug »wohl selbstverständlich«, wie der damalige Reichsbahnobersinspektor am Bahnhof Dachau in seinem Bericht schreibt, dass »im rot-schwarzen Dachau« die Versammlungen der Rechten »nicht immer glatt verliefen.« Er bezeichnet es in diesem Zusammenhang als »unmöglich, auf die zahlreichen Auseinandersetzungen, teilweise auch handgreiflicher Art, näher einzugehen«.

Die Dachauer NSDAP entwickelte sich aus einer kleinen

Ortsgruppe des »Bundes Oberland«, die Ende November 1922 im Max-Josef-Zimmer des Gasthauses »Hörhammerbräu« ins Leben gerufen worden war.³⁶ Zum Ortsgruppenführer wählte die Versammlung Oberst Johann Hofmann, den früheren Direktor der Pulver- und Munitionsfabrik Dachau.³⁷ Über die radikale politische Einstellung der »Oberländer«, die sich am 8./9. November 1923 auch in München am kläglich gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch beteiligten, bestand bei ihren Gegnern im Markt kein Zweifel. So beklagt Klug in seinem Bericht, dass schon damals die Angehörigen des Wehrverbandes »unter den »schwarzen« und »roten« Verhältnissen in Dachau schwer zu leiden« hatten.³⁸ »Wir wurden überall als »Hakenkreuzler« angesehen, als welche sich wohl auch der größte Teil von uns fühlte.«

Am 1. Februar 1930 wurde im Gasthaus »Unterbräu« die Ortsgruppe Dachau der NSDAP offiziell gegründet.³⁹ Die Gründungsversammlung leitete höchstpersönlich der damalige Gauleiter der NSDAP für Oberbayern, Fritz Reinhardt. Die Gaststätte blieb das Stammlokal der Nationalsozialisten in Dachau, die dort im Nebenzimmer regelmäßig die geschlossenen und die öffentlichen Sprechabende der Ortsgruppe und der SA abhielten.⁴⁰

Demokratische Kräfte in der Gegenwehr

Im politischen Kampf nahmen die Dachauer Kommunisten während der Weimarer Republik eine herausragende Stellung ein. Keine Partei trat im Markt so massiv gegen die Nationalsozialisten auf wie die Ortsgruppe der KPD. Allerdings machten die Genossen um Franz Klein, Hans Moosrainer, Johann Sedlmair, Lorenz Wassermann und Johann Fuchs, die zu den aktivsten Dachauer Kommunisten zählten, auch den Sozialdemokraten am Ort das Leben schwer. Sie folgten damit den Anweisungen ihrer Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, die lange Zeit der SPD ablehnender gegenüberstand als der NSDAP.

Der radikale politische Kampf, den die Gegner der Weimarer Republik von links und von rechts dem Staat aufzwingen, veranlasste die demokratischen Kräfte in Deutschland zur Gegenwehr. Am 22. Februar 1924 riefen die Sozialdemokraten in Magdeburg eine Schutzorganisation ins Leben, der sie nach den Farben der Republik den symbolischen Namen »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« gaben. An der Gründung des »Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer« beteiligten sich aber auch Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die in dem Verband die bürgerlichen Interessen vertraten.⁴¹

Die Aufgaben der Organisation kleidete die Gründungsversammlung in folgende Worte: »Bei allen gewaltsamen Angriffen auf die republikanische Verfassung will der Bund die republikanischen Behörden in der Abwehr unterstützen und die Gegner der Republik niederkämpfen mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen.«⁴² Auch in Dachau blieben die Sozialdemokraten nicht untätig. Im Jahre 1929 traten sie dem Reichsbanner bei und gründeten eine eigene Ortsgruppe im Markt, die den »Zug 31« stellte.⁴³

Als sich die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Angehörigen des »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten« und die Alldeutschen am 11. Oktober 1931 zur »Harzburger Front« zusammenschlossen, um in der »Nationalen Opposition« ihre Kräfte gegen die Reichsregierung Brüning und gegen die preußische Regierung Braun zu bündeln, schritten die Sozialdemokraten wiederum unverzüglich zur Gegenwehr.

»Die heutige Zeit«, kündigte das Bundesorgan *Das Reichs-*

Macht gebracht. Hitler kann den 5. März als seinen Palmsonntag betrachten(,) und es ist nur fraglich, wann diesem die Karwoche folgt.

Vom lokalen Standpunkt aus betrachtet, können auch im Markt und Bezirk Dachau die Nationalsozialisten Erfolge verzeichnen. Im Markt Dachau haben sie ihre Stimmenzahl etwas mehr als verdoppelt und im Bezirk etwas mehr als verdreifacht. Sie sind nun mit 5176 Stimmen im Bezirk die zweitstärkste und mit 1151 in Dachau selbst die drittstärkste Partei geworden. Ihren Gewinn von 3596 Stimmen haben sie zu einem geringen Teil von der BVP, dann vom Bauernbund und vor allem von den bisherigen Nichtwählern.«

Der Umsturz in Dachau

Mit der Entmachtung der amtierenden bayerischen Regierung von Dr. Heinrich Held (BVP) am 9. März 1933 in München durch Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick fiel Bayern als letztes Land in Deutschland der Gleichschaltung der Nationalsozialisten zum Opfer. Noch an demselben schwarzen Donnerstag wurde auch der Markt Dachau in den späten Abendstunden von Hitlers Gefolgsleuten im Handstreich genommen. Für die Mehrheit der Einwohner, die über die Entwicklung in München nicht informiert war, kam der Umsturz aber völlig überraschend.

Über die verhängnisvolle Ruhe vor dem Sturm berichtet Heinrich Gießler: »Da nur selten damals in Dachauer Haushaltungen Radiogeräte vorhanden waren, vollzog sich der Umbruch in München und Dachau für einen großen Teil der hiesigen Bevölkerung fast unbemerkt, es sei denn man hatte die Möglichkeit, bei Bekannten Radio abzuhören, oder war in den Nachtstunden des 9. März zufällig unterwegs.

Der Donnerstag (...) war in Dachau soweit ruhig verlaufen, und nichts deutete auf eine Änderung der Verhältnisse hin. Die großen Parteizentralen (jedoch) hatten ihre Organisationen auch in Dachau (...) alarmiert, und so fand sich das Reichsbanner im Gewerkschaftsheim zusammen, die Bayernwacht (der BVP) in der Turnhalle im Kath(olischen) Gesellschaftshaus, dem heutigen Ludwig-Thoma-Haus. Inzwischen marschierte aber unbemerkt von diesen Parteischutztruppen die Dachauer SA/SS abends kurz nach 20 Uhr beim Bezirksamt und Rathaus auf und hißte dort Hakenkreuzfahnen. Im Gegensatz zum Reichsbanner und zur Bayernwacht hatten die SA- und SS-Männer von München dazu Bewaffnung durch Infanteriegewehre erhalten.«⁴⁸

Kurz nach Mitternacht gingen die Nationalsozialisten noch einen Schritt weiter und besetzten nun das Bezirksamt und das Rathaus. Einen Gegenangriff der unbewaffneten Angehörigen der BVP und der SPD, die sich auf Anraten ihrer Parteiführung im Katholischen Gesellschaftshaus und im Gewerkschaftsheim zurückhalten mussten, hatten sie nicht zu befürchten.

Doch am nächsten Tag reagierte der Marktgemeinderat mit Empörung auf das Vorgehen der NSDAP. Der Erste Bürgermeister Georg Seufert (BVP) und der Zweite Bürgermeister Franz Xaver Böck (SPD) legten energischen Protest gegen die Hakenkreuzfahne am Rathaus ein. Ihr Einspruch wurde auch im *Amper-Boten* öffentlich bekannt gemacht: »Am heutigen Freitag vormittag fand im Beisein der beiden Herren Bürgermeister eine Sitzung der Fraktionsführer des Gemeinderates Dachau statt. In dieser Sitzung wurde dagegen Stellung genommen, daß am Rathaus eine Parteifahne herausgehängt wurde(,) und es wurde gegen die Beflaggung mit der Hakenkreuzfahne protestiert.« Dem Protest der Marktgemeinde schloss sich auch das Bezirksamt an.

Die Nationalsozialisten ließen sich jedoch nicht mehr aufhalten. Kaum hatten sie Dachau am 9. März 1933 in ihre Gewalt gebracht, gingen sie schon dazu über, mit ihren Gegnern abzurechnen. Bereits am folgenden Tag begannen die Verhaftungen, und am 11. März meldeten die *Münchener Neuesten Nachrichten* aus Dachau die Festnahme der ersten politischen Häftlinge: Im Markt seien »vier kommunistische Funktionäre in Schutzhaft genommen und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert« worden.

Auch die Dachauer Sozialdemokraten gerieten ins Visier ihrer Verfolger. Am 11. März 1933 lösten die Nationalsozialisten im Ort das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Eiserne Front auf. Die Angehörigen dieser Verbände mussten ihre Uniform abliefern. Vierundzwanzig Stunden später wurde der Erste Führer der Schutzformation des Dachauer Reichsbanners, Georg Andorfer, in Haft genommen.

Schnell stieg die Zahl der Verhaftungen weiter an. Die Verfolgung der politischen Gegner richtete sich vor allem gegen die Kommunisten. Zu den ersten Angehörigen der Dachauer KPD, die ihrer Freiheit beraubt wurden, zählten neben den Genossen Fuchs, Korber, Mang, Probst, Ruprecht und Späth die Funktionäre Franz Klein, Hans Moosrainer und Johann Sedlmair.

Wie gefürchtet die Dachauer Kommunisten nicht nur bei der Ortsgruppe der NSDAP, sondern auch bei der Gauleitung in München waren, zeigt die Tatsache, dass sich die Nationalsozialisten zu einer zweiten, noch größeren Verhaftungsaktion gegen Dachauer KPD-Mitglieder – nach der vorausgegangenen am 10. März 1933 – entschlossen, ehe sie die ersten Häftlinge ins Konzentrationslager Dachau brachten, dessen Errichtung in der seit Jahren leerstehenden Pulver- und Munitionsfabrik Dachau unmittelbar bevorstand.

Das Unternehmen war zweifellos als Präventivschlag zu werten. Offensichtlich sah die Münchener Parteileitung die Gefahr, dass die Dachauer Arbeiter einen Angriff auf das Lager wagen könnten, um ihren inhaftierten Genossen hinter dem Stacheldraht zu Hilfe zu kommen. Deshalb befahl der kommissarische Staatsminister des Innern, Gauleiter Adolf Wagner, höchstpersönlich für den 22. März die erneute Aktion gegen die Roten, die der Dachauer Schutzmannschaft, also der Gemeindepolizei im Markt, bereits am 19. März mitgeteilt wurde. Die einzelnen Schritte waren vorher genau festgelegt, die Verhaftungslisten vorbereitet und die Turnhalle in der Brunngartenstraße zum Sammelplatz für die Festgenommenen bestimmt worden. Alles unterlag absoluter Geheimhaltung; trotzdem erfuhren Außenstehende von der Operation, weil sich der Polizeikommissar Johann Kaiser nicht an das Schweigegebot gehalten hatte.

Dennoch traf der vernichtende Schlag die Dachauer Ortsgruppe der KPD völlig überraschend. Er erfolgte, wie vorgesehen, in der Nacht zum 22. März – nur wenige Stunden vor dem Eintreffen der ersten Schutzhaftgefangenen im KL Dachau. »Im Laufe der Nacht auf den heutigen Mittwoch«, unterrichtete der *Amper-Bote* seine ahnungslosen Leser über die Aktion, »wurden auf Anordnung der Regierung zirka 60 Personen in Dachau in Schutzhaft genommen« und »in der gemeindlichen Turnhalle gesammelt.«

Für diese Aktion hatte die Dachauer Gendarmerie auch Unterstützung aus der Landeshauptstadt erhalten, wie den *Münchener Neuesten Nachrichten* am darauffolgenden Tag zu entnehmen war: »Gestern wurden in Dachau durch die Gendarmerie in Verbindung mit Bereitschaftspolizei und S.A.- und S.S.-Männern aus München große Durchsuchungen bei den linksgerichteten Kreisen durchgeführt. Rund 60 Kommunisten

wurden in Schutzhaft genommen und nach München transportiert.«

Über die weitere Entwicklung der polizeilichen Maßnahmen berichtete der *Amper-Bote* am Freitag, dem 24. März: »Im Zusammenhang mit den in der Nacht zum Mittwoch durchgeführten Verhaftungen in Dachau können wir mitteilen, daß die in Schutzhaft (G)enommenen nach München in die Polizeidirektion verbracht wurden, wo über ihr weiteres Schicksal entschieden wird. Im Laufe des Mittwoch erfolgten noch zwei Festnahmen von auswärtigen Personen, die bei der nächtlichen Aktion nicht erreicht werden konnten. Diese Nachzügler werden vorläufig in das Amtsgerichtsgefängnis Dachau verbracht.«

Der erste politische Gefangene aus Dachau, der die Schutzhaft nicht überlebte, war Hans Eisenmann. Der Hausbesitzerssohn, der in der Nacht zum 22. März 1933 in der Marktgemeinde verhaftet worden war, starb Anfang April im Gefängnis von Neudeck in München im Alter von 24 Jahren angeblich an den Folgen einer Kopfgrippe.

Nationalsozialisten im Rathaus

Der Sturm der Nationalsozialisten auf das Dachauer Rathaus ließ nach ihrer Machtübernahme im Markt am 9. März 1933 nicht lange auf sich warten. Das erste Opfer wurde der Zweite Bürgermeister und Redakteur des *Dachauer Volksblatts*, Franz Xaver Böck, der seinen Posten neben dem Ersten Bürgermeister, Georg Seufert (BVP), räumen musste. Bereits am 24. März kündigte der *Amper-Bote* an, dass der Sozialdemokrat noch am selben Freitag »in der Gemeinderatssitzung (...) freiwillig als 2. Bürgermeister und als Gemeinderat« zurücktreten werde.

Doch diese Information stimmte nicht. Böck wurde zum Rücktritt gezwungen. Am 21. März hatte ihm das Bezirksamt Dachau ein Schreiben zugestellt, das dem Redakteur keine andere Wahl ließ. Zur angekündigten Sitzung des Gemeinderats erschien er nicht mehr.

Böcks Posten übernahm der Ortsgruppenleiter der Dachauer NSDAP, Erhard Beeskow, zunächst als »2. kommissarischer Bürgermeister«, wie die Amtsbezeichnung lautete. Nach seiner Wahl durch die Gemeinderäte erfolgte am 2. Mai die offizielle Bestätigung des Kaufmanns im Amt durch den Vorstand des Bezirksamts – »im Einvernehmen mit dem Kreisleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei«. Daran war zu erkennen, dass die Nationalsozialisten in Dachau das Heft schon fest in der Hand hatten.

Aber mit der Förderung Beeskows erwies sich die NS-Ortsgruppe einen Bärendienst. Bald stellte sich nämlich heraus, dass Beeskow, der in der Papierfabrik arbeitete, wegen Diebstahls mit dem Gesetz in Konflikt geraten und damit selbst für seine Parteigenossen als Zweiter Bürgermeister untragbar geworden war.

Der amtliche Bescheid, der die Karriere des Ortsgruppenleiters am 25. Juli 1933 schlagartig beendete, lautete: »In der Bevölkerung wurde behauptet, daß II. Bürgermeister Beeskow vorbestraft sei. Die Akteneinsicht ergab die Richtigkeit. Nach Mitteilung der Polizeidirektion München vom 21. März 1931 wurde Erhard Beeskow durch Strafbefehl des Amtsgerichts München v(om) 26. 6. (19)30 wegen Diebstahls an Stelle von 20 Tagen Gefängnis zu einer Geldstrafe von 120 M(ar)k verurteilt.«

Nach diesem Skandal war Beeskow in Dachau ein erledigter Mann. Er zog die Konsequenzen und trat vom Amt zurück. Mit der Entmachtung des Sozialdemokraten Böck, der bis zum 22. März 1933 den Posten des Zweiten Bürgermeisters bekleidet hatte, gaben sich die Nationalsozialisten in Dachau

aber noch nicht zufrieden. Bereits am 27. März begannen sie auch mit der Gleichschaltung des Marktgemeinderats, indem sie Zug um Zug allen unerwünschten Gemeinderäten das Amt entzogen.

Dann erfolgte in einem zweiten Schritt die Umverteilung der Gemeinderatssitze, die auf fünfzehn verringert worden waren, nach dem Schlüssel der Reichstagswahlen vom 5. März 1933: Die NSDAP, die bisher keinen Vertreter ins Rathaus gebracht hatte, beanspruchte nun für sich fünf Mandate und überließ die gleiche Zahl der BVP und der SPD. Nach dieser Entscheidung des »Wahlausschusses«, der am 22. April im Sitzungssaal des Rathauses öffentlich getagt hatte, waren die Kommunisten in Dachau ein für allemal aus dem Rennen.

Der Burgfrieden im Rathaus währte jedoch nur kurze Zeit, und schon bald war auch über das Schicksal der BVP und der SPD im Gemeindepapament endgültig entschieden. Im September 1933 besetzten die Nationalsozialisten alle fünfzehn Sitze mit ihren Leuten, so dass sie von da an im Marktgemeinderat unter sich waren. Die Kollegen der beiden anderen Parteien waren entweder wieder aus ihren Ämtern gedrängt worden oder zur NSDAP übergelaufen. Damit war nun das Rathaus vollends in der Hand der Braunen.

Denn auch Bürgermeister Georg Seufert wechselte die Fronten und ging von der Bayerischen Volkspartei zu den Nationalsozialisten über. Aber bald resignierte er und trat im September 1934 nach zehnjähriger Tätigkeit an der Spitze des Marktes aus angeblich gesundheitlichen Gründen von seinem Posten zurück.

Der Machtbereich der SS in Dachau

Unterdessen baute auch die SS ihre Position in der Nachbarschaft des Marktes Dachau immer weiter aus. Als sich die Schutzstaffel im April/Mai 1933 auf dem Gelände der ehemaligen Deutschen Werke festsetzte, beschränkte sie sich nämlich von Anfang an nicht allein auf die Übernahme des Konzentrationslagers aus der Hand der Bayerischen Landespolizei, die zuerst die Wachmannschaft gestellt hatte. Ihre Absicht war es auch, am Standort des Lagers einen eigenen militärischen Stützpunkt zu errichten. Noch im Jahre 1933 begann die SS-Führung, zunächst im bescheidenen Rahmen, mit dem Ausbau des »SS-Übungslagers Dachau«, das in seiner Ausdehnung aber bald das angrenzende Konzentrationslager übertraf.

So entwickelte sich Dachau zu einem Machtzentrum der SS, das gleich zwei Truppenteilen der Schutzstaffel einen Stützpunkt bot: den SS-Totenkopfverbänden (SS-TV) im Konzentrationslager und der SS-Verfügungstruppe (SS-VT) im SS-Übungslager. Beide Lager waren organisatorisch streng voneinander getrennt und unterstanden einer eigenen Führung – das Konzentrationslager dem Lagerkommandanten des KL Dachau und das SS-Übungslager dem sogenannten Platzkommandanten.

Im März 1936 waren in den »SS-Anlagen Dachau« (so die damalige Bezeichnung) die SS-Wachtruppe »Oberbayern« der SS-Totenkopfverbände und der Sturmbann II der SS-Standarte »Deutschland« der SS-Verfügungstruppe (abgekürzt: II/SS »Deutschland«) untergebracht.

Ferner war Dachau neben Lagerlechfeld der zweite Standort der »Österreichischen Legion«, die, wie schon der Name verrät, aus Österreichern bestand, die als überzeugte Nationalsozialisten nach dem Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933 in Österreich aus ihrer Heimat nach Bayern geflohen waren. Unter den Legionären, die im Dachauer SS-Übungslager sta-

tioniert waren, befand sich vorübergehend auch Adolf Eichmann.

Das SS-Übungslager Dachau diente jedoch nicht nur als Truppenstandort, sondern gewann auch als Kadenschmiede für das Unterführer- und Führerkorps der SS schnell an Bedeutung. Eine besondere Aufgabe kam hier der »Führerschule des SS-Wirtschafts-Verwaltungsdienstes« zu, die der SS-Standartenführer Johannes Baier, ein ehemaliger Marinezahlmeister, im Jahre 1937 in Dachau gegründet hatte. Die Lehrgänge an dieser Schule vermittelten rechts-, wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Kenntnisse, beschäftigten sich mit Buchführung und mit SS-Verwaltungsfragen, boten Fremdsprachen an und widmeten sich außerdem einem systematischen Sportunterricht, der folgende Disziplinen umfasste: Leichtathletik, Fechten, Reiten und Schwimmen.

In wenigen Jahren wuchs das SS-Übungslager Dachau, das sich aus dem »SS-Exerzierplatz« entwickelt hatte, der zunächst im Jahre 1933 entstanden war, zum Ausbildungs-, Rüstungs- und Verwaltungszentrum der SS heran. Neben der bereits erwähnten Führerschule für den Verwaltungsdienst und neben der »Besoldungsstelle der Waffen-SS und Polizei«, die für die Angehörigen der SS und der Polizei im gesamten Reich zuständig war, beherbergte das riesige Areal die »Sanitätsschule der Waffen-SS«, die »SS-Lehrküche«, das »SS-Hauptwirtschaftslager«, das »SS-Hauptzeugamt«, das »SS-Waffenamt«, das »SS-Sanitätslager«, die »Bauinspektion Reich-Süd«, die »Zentralbauleitung München-Dachau«, das »Bekleidungswerk der Waffen-SS«, das »SS-Lazarett Dachau«, die »Waffentechnische Lehranstalt« (WTL) und die »SS-Reitschule«. Bis zum Jahre 1943 war im »SS-Lager«, wie es später nur noch hieß, auch die Zentralverwaltung der Kantinen aller Konzentrationslager, genannt »SS-Kantinen-gemeinschaft Dachau«, untergebracht.

Eingemeindung des Konzentrationslagers und des SS-Lagers in die Stadt

Lange Zeit befand sich das Terrain der SS, das fünf Kilometer vom Ort Dachau entfernt war, außerhalb des Stadtgebiets.

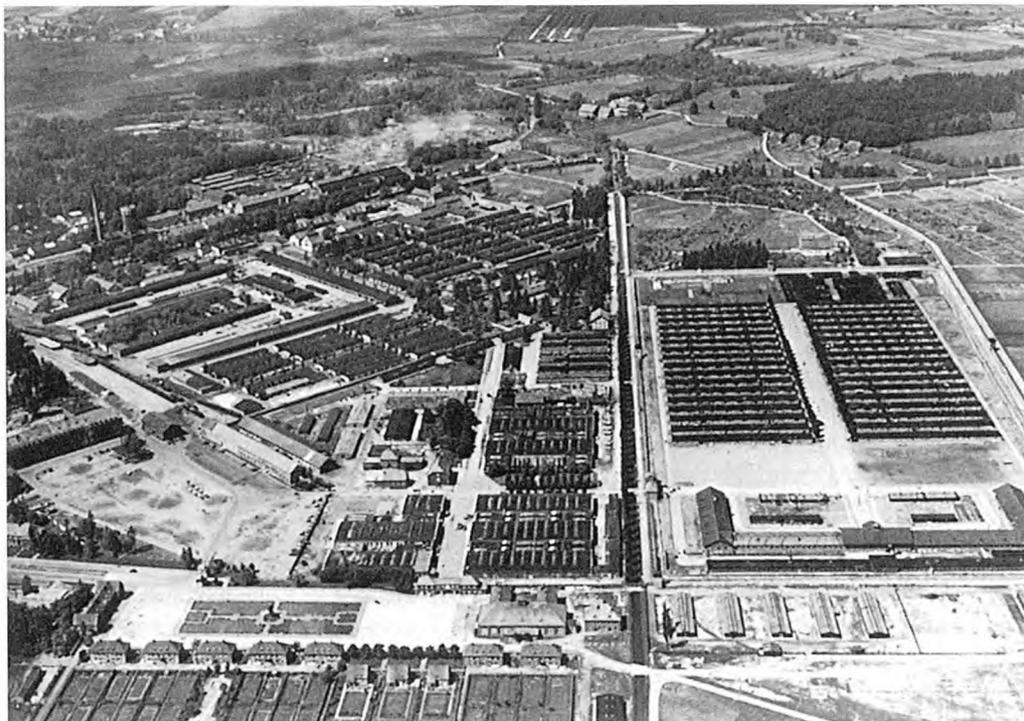
Zunächst war das Areal am 23. September 1936 nach einer vorausgegangenen Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 2. Juli desselben Jahres (»Nr. VI 19373 I«) mit »sämtlichen Grundstücken der früheren Pmf Dachau (Pmf ist die Abkürzung für Pulver- und Munitionsfabrik, Anm. d. Verf.) in den Steuergemeinden Etzenhausen, Hebertshausen, Prittlbach (sic!), Augustenfeld und Dachau(,) einschl(ießlich) aller Anschlußgleisanlagen«, in Besitz und Eigentum der NSDAP übergegangen.⁴⁹

Drei Jahre danach erfolgte dann mit dem Erlass des Reichsstatthalters in Bayern, Franz Ritter von Epp, vom 22. März 1939 (»Zeichen: We 3/2.3.«) zum 1. April die Eingemeindung des Konzentrationslagers und des angrenzenden SS-Lagers in die Stadt Dachau.⁵⁰ Der Anstoß dazu war von der Stadt ausgegangen, die bereits am 10. Dezember 1937 die Eingliederung beantragt hatte.

Das Begehren der nationalsozialistischen Stadtverwaltung war vom Bezirksamt Dachau in einem Schreiben vom 15. Februar 1938 an die Regierung von Oberbayern in München, das Bezirksamtmann (im Jahre 1939 umbenannt in Landrat, Anm. d. Verf.) Dr. Emil Böhmer unterzeichnet hatte, unter anderem mit folgender Begründung befürwortet worden: »Besonders dringlich erscheint aus verwaltungsmäßigen und wehrpolitischen Gründen die Eingemeindung des SS-Übungslagers und Konzentrationslagers, das heute noch in den Gemeindefluren von Etzenhausen und Prittlbach liegt, 2 Landgemeinden, die auf die Zugehörigkeit eines solchen Verwaltungskomplexes(,) wie es das Lager darstellt, durchaus nicht eingerichtet sind. (...)

Das Bezirksamt befürwortet daher im Einvernehmen mit der Kreisleitung Dachau die Eingemeindung entsprechend den Anträgen der Stadt Dachau. Auch die Reichsführung SS hat sich, wie aus dem bei den Akten liegenden Schreiben des SS-Gruppenführers Pohl hervorgeht, mit der Eingemeindung einverstanden erklärt.«

Außerdem wurde ebenfalls mit Wirkung vom 1. April 1939 eine kleine Fläche der Nachbargemeinde Hebertshausen in die Stadt Dachau eingegliedert, weil die »Teilflächen von ins-



Das Luftbild zeigt links das SS-Lager und rechts das angrenzende Schutzhaftlager. Die Aufnahme der US-Armee entstand am 27. Mai 1945. Foto: Archiv Richardi, Dachau

gesamt nur 16 ha«, wie es im Schreiben des Bezirksamts vom 15. Februar 1938 heißt, »zum einen Teil zum Lagerkomplex gehören (Schießplatz und 5 Wohnhäuser von SS.-Angehörigen) und Eigentum der NSDAP sind, zum andern Teil Grundstücke des Gutsbesitzers »Wümmühle« sind, der (...) mit dem östlichen Teil der Gemeinde Prittlbach zu Dachau eingemeindet werden soll«. Den Antrag dazu hatte Dachau am 12. Februar 1938 gestellt.⁵¹

Neben dem Herrschaftsbereich der SS wurden am 1. April 1939 auch die Nachbargemeinden Etzenhausen und Augustenfeld mit den Ortsteilen Ober- und Unteraugustenfeld, Obermooschwaige sowie Polln, die beiden Dörfer Udlding und Webling sowie die drei Einöden Eisingerthofen, Obergrahof und Steinkirchen dem Dachauer Stadtgebiet zugeschlagen.

Mit der Eingemeindung des Konzentrationslagers war die Stadt Dachau nun endgültig mit der Geschichte des KL Dachau untrennbar verbunden. Im Gedenken an die mehr als 30 000 Häftlinge, die in den zwölf Jahren des Konzentrationslagers auf Dachauer Boden den Tod fanden, sieht die Stadt heute, wie Oberbürgermeister Peter Bürgel am 7. Mai 2005 in seiner Rede zum Stadtjubiläum im Schloss betonte, eine Verpflichtung, sich der Erinnerung zu stellen und als Lernort dafür einzutreten, dass das Geschehene niemals in Vergessenheit gerät.

Anmerkungen:

- ¹ Amper-Bote vom 21./22. Mai 1933.
- ² Amper-Bote vom 22./23. Oktober 1933.
- ³ Schreiben des Staatsministeriums des Innern an die Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, vom 30. Oktober 1933 (Staatsarchiv München, LRA 127824).
- ⁴ Münchner Neueste Nachrichten vom 20. August 1934.
- ⁵ Dachauer Zeitung: Festzeitung zur Stadterhebungsfeier der Stadt Dachau vom 18. bis zum 27. August 1934.
- ⁶ Tagesbericht des Bezirksamts Dachau vom 5./6. August 1934 (Kopie im Besitz des Verfassers).
- ⁷ Faksimile des Schreibens in: Hans-Günter Richardi u. a.: Dachauer Zeitgeschichtsführer. Dachau 1998, S. 107.
- ⁸ Zitiert nach Hans-Günter Richardi: Von der Roten Armee zum Schwarzen Korps. München 1983, S. 24.

⁹ Zitiert nach Richardi, a. a. O., S. 24.

¹⁰ Hans-Günter Richardi: Schule der Gewalt. München 1983, S. 265, Anm. 51.

¹¹ Richardi, Schule der Gewalt, S. 264, Anm. 46.

¹² Zitiert nach Richardi, Schule der Gewalt, S. 265, Anm. 51.

¹³ Zitiert nach Richardi, Von der Roten Armee zum Schwarzen Korps, S. 45.

¹⁴ Hans Seemüller: Alt-Dachauer Geschichten. Dachau 1974, S. 19.

¹⁵ Sybille Steinbacher: Dachau – die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit. Die Untersuchung einer Nachbarschaft. Frankfurt am Main ¹⁹⁹³, S. 38.

¹⁶ Dachauer Volksblatt vom 13. Juli 1918, und Richardi, Schule der Gewalt, S. 40.

¹⁷ Münchner Neueste Nachrichten vom 4. Juni 1936 zum Tode des Obersten a. D. Hans Hofmann am 2. Juni 1936 in Dachau; Bayern und seine Armee. Ausstellungskatalog des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. München 1987, S. 289, und Steinbacher, S. 36.

¹⁸ Carl Thiemann: Erinnerungen eines Dachauer Malers. Beiträge zur Geschichte Dachaus als Künstlerort. Dachau 1966, S. 38.

¹⁹ Staatsarchiv München, LRA 130338.

²⁰ Vertrag zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Deutschen Werke A.G. (München) vom 13./19. Oktober 1925.

²¹ Steinbacher, S. 82.

²² Staatsarchiv München, LRA 130338.

²³ Staatsarchiv München, LRA 130708.

²⁴ Reinhard Papenfuß: Das Areal der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau. Gelände- und Gebäudenutzung 1915–1993. Dachau 1993 (Selbstverlag), S. 5.

²⁵ Den Produktionsbeginn im Jahre 1916 belegt der folgende Hinweis vom 22. Februar 1916: »In den nächsten Tagen wird mit dem Beschluß des im Betriebe der Pmf. gefertigten Pulvers begonnen werden.« (Staatsarchiv München, LRA 130337.)

²⁶ Staatsarchiv München, LRA 130337.

²⁷ Richardi, Schule der Gewalt, S. 40. – Laut Stefan Gnühl: Arbeiterinnen in der Pulver- und Munitionsfabrik Dachau. Amperland 30 (1994) S. 394 verfügte die Fabrik im April 1918 über 5500 Arbeitsplätze.

²⁸ Werner Dreher: Die Deutsche Werke AG in Dachau. Amperland 31 (1995) S. 5.

²⁹ Norbert Göttler: Die Sozialgeschichte des Bezirkes Dachau 1870 bis 1920. Ein Beispiel struktureller Wandlungsprozesse des ländlichen Raumes. (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, Band 149) München 1988, S. 72.

³⁰ Steinbacher, S. 56.

³¹ Steinbacher, S. 57.

³² Staatsarchiv München, LRA 127715.

³³ Steinbacher, S. 53.

³⁴ Göttler, Sozialgeschichte, S. 170.

³⁵ Das unveröffentlichte Manuskript trägt den Titel: Bericht über die Geschehnisse in Dachau seit Frühjahr 1919, soweit ich sie noch in Erinnerung habe(,) und Vorgeschichte der NSDAP und SA in Dachau. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Nachlass Schwalber 22.)

³⁶ Klug, S. 1.

³⁷ Klug, S. 2.

³⁸ Klug, S. 4.

³⁹ Steinbacher, S. 67.



Das Dachauer Rathaus, das in den Jahren von 1934 bis 1936 an der Stelle des gotischen Vorgängerbaus errichtet wurde. Das alte Rathaus musste wegen Einsturzgefahr abgebrochen werden.

Foto: Stadtarchiv Dachau, Fotosammlung